

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 274.

Donnerstag, den 22. November 1917.

24. Jahrg.

Gilt die Friedensresolution des Reichstags noch?

Von Eduard David, M. d. R.

Von nationalliberaler Seite wird neuerdings die Auffassung vertreten, die Reichstagsresolution vom 19. Juli sei erledigt. Die neue Reichsleitung sei nicht mehr an sie gebunden, da sie nach Vereinbarung der Mehrheitsparteien „nur“ auf die Antwortnote an den Papst festgelegt sei. Außerdem aber sei die Reichstagsentscheidung auch „durch die Tatsachen überholt“.

Diese Auffassung ist durchaus unrichtig. Für die Mehrheit vom 19. Juli liegt keinerlei Grund vor, von ihrem Beschluß abzugehen. Sie hat auch nicht den geringsten Anlaß gegeben, dies anzunehmen. Im Gegenteil! Sie hat auch dem neuen Kanzler jenen Beschluß als Richtschnur für die innerhaltende Friedenspolitik mit auf den Weg gegeben. Denn die Antwortnote an den Papst schließt die Reichstagsresolution in sich ein. Die Reichsleitung betont in ihr ausdrücklich, es liege ihr am Herzen, „im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit des Papstes und der Friedensumgebung des Reichstages vom 19. Juli brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauernden Frieden zu finden.“

Schon an diesem klaren äußeren Sachverhalt muß jeder Versuch scheitern, die Reichstagsresolution in der Personifikation verschwinden zu lassen. Mehr aber noch als dieser äußere Zusammenhang der beiden Kundgebungen fällt ihre innere Wesensgleichheit in die Wagtschale. Beide gehen von dem gleichen Grundgedanken: Friede durch Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker!

Nicht aus der Erwägung irgend einer militärischen Lage heraus hat die Reichstagsmehrheit sich gegen „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen“ erklärt. Sie lehnt diese vielmehr ab, weil sie, wie sie ausdrücklich hervorhebt, unvereinbar sind mit dem von ihr erstrebten „Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“.

Diesen Kerngedanken hat die Reichsleitung in der Antwortnote an den Papst nicht nur aufgenommen, sie verankert und vertieft ihn noch mit folgenden Sätzen: „Rein Volk hat mehr als das deutsche Anlaß zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein verständlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.“ In diesem Geiste seien auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, „daß jedem Volke befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederverkehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint“. „Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiederannäherung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.“

Klarer und nachdrücklicher kann man sich nicht zum Prinzip des Verständigungsfriedens bekennen. Eine schärfere Abjahnung an die annexionsistischen Verfechter eines Gewaltfriedens läßt sich nicht denken. Letztere wollen noch nichts vom Frieden wissen. Einen baldigen Frieden der Verständigung nennen sie einen vorzeitigen und falschen Frieden. Sie wollen den Krieg fortsetzen, bis der Gegner so niedergeworfen ist, daß sie ihm ihren „deutschen Frieden“ diktiert können, einen Frieden, den die anderen, wenn sie überhaupt je dazu gebracht werden könnten, doch nur als einen vorübergehenden Waffenstillstand ansehen würden. Eine neue noch wahnsinnigere Rüstungstreiberi und ein neuer noch furchtbarer Koalitionskrieg gegen den deutschen „Raubstaat“ wäre die unausbleibliche Folge. Im Gegensatz zu einer solchen, unser Land und ganz Europa dem Untergang entgegenführenden Kriegspolitik erklären Reichstag und Reichsleitung als ihr Ziel einen Frieden, der die Gewähr der Dauer dadurch bietet, daß er bei keinem Volke den Stachel zu neuer blutiger Auseinandersetzung zurückläßt. Die künftige Sicherung wird nicht mehr auf den Boden der Gewalt, sondern auf den des Rechts gestellt.

Die Antwortnote geht daher noch über die Reichstagsresolution hinaus. Letztere begnügt sich mit dem Hinweis auf den Ausbau einer internationalen Rechtsorganisation. Die Antwortnote bekennst sich zur allgemeinen Rüstungsbeschränkung. Es heißt da: „Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zu einander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte.“ Der neue Geist aber soll besagen, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechts treten muß, des Rechts, das auch im Verhältnis von Volk zu Volk durch ein geordnetes Rechtsverfahren zu sichern ist.

Es genügt, diese Kerngedanken der beiden äußerlich und innerlich untrennbaren Kundgebungen herauszustellen, um ihren prinzipiellen, von jeder militärischen Situation unabhängigen Charakter darzutun.

Die hier ausgesprochenen Grundsätze können gar nicht „durch Tatsachen überholt werden“. Sie werden darum auch in keiner Weise erschüttert durch die glänzenden Erfolge unserer Waffen auf dem nordafrikanischen und auf dem italienischen Kriegsschauplatz. Wir sehen die große Bedeutung dieser wie der U-Boot-Erfolge darin, daß sie dazu beitragen, die Erkenntnis bei den feindlichen Mächten zu fördern, daß die Friedensbereitschaft der Mittelmächte kein Ausfluß der Schwäche ist und daß die Hoffnung, uns niederzuzwingen, aussichtslos ist und bleibt.

Noch halten die Kriegstreiber der Westmächte diese Hoffnung aufrecht und noch gekirrt es ihnen trotz aller Enttäuschungen, die Mehrheit ihrer Völker damit hinter sich zu halten. Amerika und Japan sind jetzt noch die stärksten Unter dieser Hoffnung. Der Tag wird kommen, wo auch drüben die Erkenntnis aufgeht, daß das Ziel eines Vergewaltigungsfriedens unerreichbar ist. Die Leistungen unserer Kämpfer zu Lande, zu Wasser und in den Lüften sind in hohem Maße geeignet, das Herannahen des Tages, an dem auch die anderen zu einem Frieden der Verständigung bereit sind, zu fördern.

Das zweite mächtige Mittel, diesen Tag der Friedens-

bereitschaft drüben zu beschleunigen, aber ist das ehrliche und unerschütterliche Verharren bei unserer eigenen Friedensbereitschaft. Die feindlichen Völker sollen wissen, daß das deutsche Volk sich nicht mit Raub- und Vergewaltigungsabsichten trägt, daß es nicht der die Welt bedrohende Werwolf ist, als welchen die annexionsistischen Kriegstreiber drüben und hüten es hinstellen. Sie sollen wissen, daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führt, sondern daß es lediglich kämpft zur Verteidigung seines Rechts auf Dasein und Entwicklung.

Das ist der Sinn der vom Reichstag am 19. Juli eingeleiteten Friedenspolitik. Zu ihr hat sich auch die deutsche Reichsleitung in Übereinstimmung mit den Verbündeten offen und unzweideutig vor aller Welt in der Antwort auf die Papstnote bekennst. Diese Richtlinie wieder zu verlassen, ist unmöglich. Von der neuen Regierung aber ist zu erwarten, daß sie auf ihr aus innerer Überzeugung und allen annexionsistischen Widerständen und Stimmungenwellen zum Trotz verharret. Denn auf dieser Linie allein liegt die Möglichkeit einer baldigen und glücklichen Beendigung des Krieges durch einen Frieden, der dem Wohle unseres Landes und der ganzen gequälten Menschheit dient.

Lloyd George wieder oben auf.

Allgemein konnte man nach den vorausgegangenen Ereignissen, insbesondere nach der zutage getretenen Unzufriedenheit mit Lloyd Georges Rede in Paris und dem aggressiven Vorgehen Asquiths damit rechnen, daß sich die Sitzung der englischen Kammer am Montag zu einer bedeutungsvollen gestalten würde. Mehr oder weniger glaubte man sogar an einen Rücktritt des englischen Premiers. Das Ereignis ist nicht eingetreten. Ansehend ist von verschiedenen Seiten hinter den Kulissen gearbeitet worden, um der Welt das Schauspiel einer neuen Regierungskrise in England zu ersparen und die Einigkeit der Alliierten nicht zu gefährden. Wilson dürfte zu einem guten Teil mit zur Beilegung des Konfliktes beigetragen haben. Unter diesen Umständen ist die Aktion am Montag ausgelaufen wie das Hornberger Schießen.

Neuter berichtet über die Sitzung:

Vor überfülltem Hause wurde die Erörterung über den neuen Rat der Alliierten und über die Rede Lloyd Georges in Paris mit dem formellen Antrag auf Vertagung eröffnet. Asquith betonte die Notwendigkeit, daß die Regierung die äußerste Verantwortung dafür, was getan und was nicht getan sei, übernehme, und hob die vitale Bedeutung häufiger vertraulicher Besprechungen zwischen den alliierten Staatsmännern und Führern mit den britischen hervor, sowie die Bedeutung der Zusammenarbeit. Asquith betonte ferner die vollständige Kontrolle Deutschlands über seine Verbündeten in der Politik und der Verwaltung, und lehnte jede Organisation ab, welche der Verantwortlichkeit der Generalstabe vor ihren Regierungen zumiderlaufen oder das Ansehen und die Verantwortlichkeit jeder Regierung der Verbündeten vor ihrem eigenen Volke schmälern würde. Mit Bezug auf die Rede Lloyd Georges in Paris jagte Asquith, er wolle zwar jeden unnötigen Streit vermeiden, doch würde er gegen seine Pflicht verstoßen, wenn er diese Rede außer acht ließe. Asquith drückte seine Zweifel darüber aus, ob ein Rat in Versailles im letzten März die Lage in Rußland beeinflusst haben würde. Er fragte, ob es nicht Tatsache sei, daß bis zum Vorabend des deutschen Angriffes gegen Italien Cadorna darauf vertraute, daß er einen Triumph über ihn davontragen werde. Bezüglich anderer Stellen der Rede sagte Asquith: Lloyd George gab zu verstehen, daß britische Tapferkeit und britisches Blut verschwendet worden seien, während sie in strategischer Hinsicht anderswo besser hätten verwendet werden können. Er zweifelte, ob irgend ein Rat der Alliierten sich in eine der beiden großen Offensiven im Westen eingemischt haben würde. Zum Schluß seiner Rede betonte Asquith inmitten von Beifall die Bedeutung der britischen Mitwirkung am Kriege.

In seiner Antwort auf die Rede Asquiths erklärte Lloyd George, daß die Sache der Alliierten an dem Mangel an Zusammenwirken leide, daß keine Ausstellungen an dem, was geschehen, sich nicht gegen irgend einen Generalstab oder Höchstkommandierenden der englischen oder anderen Armeen gerichteten hätten. Er hätte nur eine gewisse Beleuchtung des Umstandes geben wollen, daß der Mangel an Zusammenarbeit bei den Alliierten ein Unglück zur Folge gehabt hätte. Man habe dies für einen Versuch der Zivilisten erklärt, sich in die Angelegenheiten des Militärs zu mischen, aber das sei schon von Anfang an und auch im Juni dieses Jahres vorgeschlagen. Der Plan betreffend die gemeinsame Leitung sei gefaßt bei der Tagung der Generalstabschefs, wobei England, Frankreich und Italien vertreten gewesen seien. Der Ernennung des Generalstabschefs widersetzte er sich aufs äußerste; dies würde keinen Nutzen schaffen, vielmehr Reibungen bewirken. Auf Asquiths Fragen wegen der italienischen Front und das, was Cadorna gesagt habe, sei schwer zu antworten. Man könne sehr viel sagen darüber, was man in England denke. England sei für die italienische Front nicht verantwortlich. Die englische Regierung habe mancherlei gewußt, geglaubt oder vermutet; die italienische Regierung wußte einiges davon, aber Sir William Robertson konnte die Angelegenheiten in betreff einer anderen Front als der englischen nicht mit Nachdruck betreiben. Hätte es jedoch einen ge-

meinsamen Rat der Alliierten in Versailles gegeben, so hätte Robertson seine Ansichten mit Hilfe der Vertreter der Regierungen nachdrücklich vertreten können und würde ihnen so Beachtung verschafft haben. Die italienische Front, sagte Lloyd George, ist von Wichtigkeit für unsere Front. An der italienischen Front fand ein Zusammenbruch statt; wir eilten dorthin, die Franzosen ebenso, um dieses Unglück wieder gutzumachen. Beeinflusst das unsere Operationspläne an unserer Front nicht ebenso stark? Gut, also wir kommen zu dem Schluß, daß das System von dem Verbindungsstab und den gelegentlichen Zusammenkünften der Minister und der Generalstabschefs durchaus unwirksam und ungenügend für die Sicherung eines wirklichen Zusammenwirkens sein würde. Wir müssen eine ständige Körperschaft haben, welche anbauend aufpaßt, Anregungen gibt und an die Regierung berichtet, gleichgültig, ob unsere Front oder die französische, italienische oder russische Front in erster Linie in Betracht kommen. Die Möglichkeit von Reibungen müßte ausgeschlossen werden, und wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen unserer Armeen und denen anderer Armeen auftreten, so wird diese Körperschaft der Regierung helfen. Fragen oder abweichende Gesichtspunkte, welche nicht nur unserer Regierung, sondern auch allen anderen Regierungen zur Beurteilung unterbreitet werden, miteinander in Einklang zu bringen. Asquith sagte, die endgültige Entscheidung müsse der Regierung verbleiben; das ist bis jetzt der Fall gewesen und würde sich auch nicht ändern, wenn diese Einrichtung getroffen wird. Lloyd George fuhr fort: Ich mag nichts von militärischer Strategie verstehen, doch einiges von politischer Strategie (Lachen, Beifall), und davon, wie man die öffentliche Meinung bei einem sie angehenden Vorschlag gewinnt und wie man sie von seiner Erwünschtheit überzeugt. Ich habe mich entschlossen, die unangenehme Rede zu halten (Beifall.), das mußte alle Welt zwingen, von diesem Plane zu sprechen, und man hat davon gesprochen, in zwei, in drei Erdteilen. Das Ergebnis meines Schrittes ist, daß Amerika, Italien, Frankreich und England eingeweiht sind, und daß die öffentliche Meinung eingeweiht ist; das ist von äußerster Wichtigkeit (Beifall.). All das Gerübe über den Osten und Westen ist ein bloßes Gerübe; unser Schlachtfeld ist im Norden, Süden, Osten und Westen, unsere Sache ist, den Feind von allen Richtungen der Windrose her unter Druck zu setzen und ihm Schläge beizubringen, wo wir können. Das ist unsere Aufgabe und der Grund, warum wir diesen gemeinsamen Rat brauchen. Er soll dieses ganze Operationsfeld überwachen und nicht nur einen Teil davon. Wir brauchen Erfahrungen und alle Hilfe, die wir bekommen können, unsere Alliierten brauchen sie auch, ihr Bedarf darnach ist gegenwärtig größer als der unsere. Wir wünschen einen Sieg und wollen ihn erreichen, aber ich wünsche nicht, daß die ganze Last dafür auf England falle. Deshalb wünsche ich einen gemeinsamen Rat der Alliierten, der den ganzen Kriegsschauplatz so einteilen wird, daß sämtliche Hilfsmittel der Alliierten im Kampfe eingesetzt werden, um den Druck auf den Feind stärker zu machen (Beifall.). Bezugnehmend auf die verschiedenen Angriffe, meinte Lloyd George, niemals in der Weltgeschichte des Landes hätten die Militärs eine vollständigere und wirkliche Zurückhaltung der Politiker erreicht, als während dieses Jahres, sei es beim Transport von Geschützen, bei Verschiffungen oder sonstwie; ich spreche, sagte Lloyd George, natürlich nicht von hohen Rängen, wir erwarten ein Zusammenwirken nicht nur zwischen den Zivilisten und Militärs, sondern zwischen Alliierten und Alliierten. Sollen wir in diesem Lande Leute dulden, die aus rein politischen oder persönlichen Gründen Missionen oder Expeditionen auf Frankreich und in die Herzen der Engländer streuen? Ich sage, wir sollten dem hier ein Ende machen. Seit ich in diesem Kriege arbeite, habe ich nicht nur nach einem Zusammenwirken zwischen den Alliierten, sondern nach mehr getrebt; nach Freundschaft, nach gutem Willen und Kameradschaft; ich habe mein Bestes getan, um diese Völker zu Freunden zu machen. Das ist das Geheimnis unseres Erfolges. Es ist wesentlich, dieses vollständigen guten Willen zu haben. Wie steht es um Frankreich, das arme Frankreich, das so niedergelassen ist; um seine ihm für immer verlorenen Söhne, um seine reichsten, ihm entwandten Provinzen. Frankreich wünscht nichts, als die Befreiung von der täglichen Bedrohung, die 50 Jahre lang auf ihm lastete und ihn hofte, was auch immer geschehen möge, daß man aufhören werde mit Händen, Zungen und Federn zu verfluchen, weiter Argwohn

